

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Josef Vosen, Holger Bartsch, Ursula Burchardt, Wolf-Michael Catenhusen, Lothar Fischer (Homburg), Ilse Janz, Horst Kubatschka, Siegmur Mosdorf, Dr. Helga Otto, Ursula Schmidt (Aachen), Bodo Seidenthal, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Peter Eckardt, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Stephan Hilsberg, Lothar Ibrügger, Dr. Klaus Kübler, Eckart Kuhlwein, Markus Meckel, Doris Odendahl, Adolf Ostertag, Günter Rixe, Siegfried Vergin, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Barbara Weiler, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/2140 —

Stand und Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung

Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat die Friedens- und Konfliktforschung seit der strukturellen Neuordnung auf der Grundlage der vom Wissenschaftsrat im Jahr 1983 gegebenen Empfehlungen kontinuierlich unterstützt. Mit den Zuwendungen an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) konnte diese eigenständig über Forschungsanträge entscheiden. Darüber hinaus wurde die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) unterstützt; der Bundesanteil am Haushalt der AFB beträgt 80 %, die Länder tragen 20 %.

Über die Entwicklung bis 1990 geben die Antworten der Bundesregierung auf mehrere Kleine Anfragen im einzelnen Auskunft (Drucksachen 9/2301, 10/231, 10/4371, 11/7373 dort insbesondere Frage 8).

Die Förderung hat zu einer positiven Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung in der Wissenschaft geführt. Es wurden in

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers für Forschung und Technologie vom 13. April 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

zunehmendem Maße die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft. Im Jahr 1990 hat die DFG entschieden, die beiden Schwerpunktprogramme in der Friedens- und Konfliktforschung zu modifizieren und um fünf Jahre zu verlängern.

Die Konsolidierung der Aktivitäten bestätigt die strukturelle Neuordnung von 1983.

Die von der Bundesregierung gewünschte erneute Evaluation der Friedens- und Konfliktforschung durch den Wissenschaftsrat hatte dieser zunächst für 1990 vorgesehen. Sie mußte wegen vordringlicher Arbeiten des Wissenschaftsrates im Zuge der deutschen Vereinigung verschoben werden und wird nunmehr für 1993 angestrebt.

I. Bedeutung und Stellenwert der Friedens- und Konfliktforschung

1. Was versteht die Bundesregierung unter Friedensforschung?
Worin bestehen nach Auffassung der Bundesregierung die spezifischen Inhalte und Problemstellungen der Friedensforschung?
2. Wie schätzt die Bundesregierung die wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Bedeutung der Friedensforschung ein?

Zusätzlich zu den klassischen Feldern der Friedens- und Konfliktforschung, wie sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. Dezember 1982 (Drucksache 9/2301) dargelegt worden sind, behandelt die Friedens- und Konfliktforschung heute die Gefahren für das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker, die besonders aus der Veränderung der militärischen Sicherheitsfragen, aus der ökologischen Zerstörung und aus Armutswanderungen entstehen. Im Einklang mit der internationalen Diskussion, wie z. B. in der Dahomey-Declaration von Pugwash von 1988, haben die nationalen Organisationen diese neue Dimension in die Fortschreibung ihrer Forschungsprogramme aufgenommen. Das gilt z. B. für DFG, VW-Stiftung und Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen. Die Komplexität der Fragestellungen erfordert eine weiter wachsende Interdisziplinarität in der Forschungsarbeit und eine Förderung über traditionelle Disziplinengrenzen hinaus.

Die Friedens- und Konfliktforschung hat mit ihren Impulsen die öffentliche Auseinandersetzung über Frieden, Sicherheit und Bedrohung versachlicht. Bereits darin liegt ihre gesellschaftliche und politische Bedeutung.

3. Welche Aufgabe besitzt die Friedensforschung nach Auffassung der Bundesregierung bei der Verbreitung des Friedensgedankens, insbesondere in der schulischen Friedenserziehung und in der außerschulischen Jugendbildung?

Die Verbreitung des Friedensgedankens und die Erziehung zum Frieden sind Aufgaben, die der Gesellschaft insgesamt gestellt sind. Die Friedens- und Konfliktforschung kann mit ihren Fragestellungen und Erkenntnissen wichtige Hilfen geben. Soweit damit öffentliche Bildung angesprochen wird, ist dies im Ver-

ständnis des Grundgesetzes primär Angelegenheit der Länder. Im Rahmen der Bundeszuständigkeit gemäß Artikel 91 b GG unterstützt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft seit einem Jahr ein Forschungsprojekt zur Einrichtung einer Servicestelle Friedenspädagogik in Tübingen.

Die Erziehung zum friedlichen Zusammenleben der Menschen und die Ausbildung Jugendlicher, Konflikte gewaltfrei auszutragen, sind bedeutende Ziele und zentrale Bestandteile der außerschulischen Jugendbildungsarbeit der Träger der freien Jugendhilfe. Die Bundesregierung fördert diese Arbeit im Rahmen des Bundesjugendplans. Zur außerschulischen Jugendbildungsarbeit zählt auch die Auseinandersetzung Jugendlicher mit den Aktivitäten der Friedensbewegung und mit der sicherheitspolitischen Debatte zum Thema „Gefährdung des Weltfriedens“.

Die Friedenspädagogik bildet einen Schwerpunkt sowohl in der Jugendverbandsarbeit als auch in der politischen Jugendbildung und in der Jugendkulturarbeit. In einen „Forscher-Praktiker-Dialog“, der sich mit der Weiterentwicklung interkulturellen Lernens befaßt, fließen Ergebnisse der Friedensforschung ein, etwa Fragen in bezug auf die Rolle von Stereotypen, von Vorurteilen und Kulturstandards oder der Bedeutung der nationalen Identität. Dieser „Forscher-Praktiker-Dialog“ steht grundsätzlich allen Trägern der Jugendarbeit offen, die auch an den Ergebnissen teilhaben können. Darüber hinaus geben wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der friedlichen Behandlung von Konflikten wertvolle – auch pädagogische – Hilfestellungen für die Jugendbildungsarbeit.

Im übrigen kommt die Bundeszentrale für Politische Bildung der 1983 bestätigten Aufgabe nach, mit der breiten Streuung der Zeitschrift „Das Parlament“ und insbesondere ihrer Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ die Ergebnisse der Friedens- und Konfliktforschung zu verbreiten.

4. Inwieweit nutzt die Bundesregierung die Forschungsergebnisse der Friedensforschung?

Welche konkreten politischen Entscheidungen der Bundesregierung sind auf Empfehlungen der Friedensforschung zurückzuführen?

Wo sieht die Bundesregierung aufgrund der Ergebnisse von Forschungsvorhaben zur Friedensforschung politischen Handlungsbedarf?

Wie schon in der Antwort auf die Kleine Anfrage (Drucksache 10/4371) vom 26. November 1985 festgestellt, ist die Erhaltung des Friedens oberstes Ziel der Politik der Bundesregierung. Auf dem Weg zu diesem Ziel braucht die Bundesregierung hochrangigen Rat und Kritik der Wissenschaft. Deshalb hält die Bundesregierung Friedens- und Konfliktforschung für unverzichtbar; sie wird diesen Forschungsbereich daher weiterhin fördern.

Unmittelbar können Ergebnisse von Vorhaben der Friedens- und Konfliktforschung in die Entscheidungen der Bundesregierung

nur einfließen, wenn sie für politikberatende Zwecke erarbeitet wurden. Mittelbare Einflüsse auf die Entscheidungsfindung sind evident, aber nicht konkretisierbar.

5. Wie sorgt die Bundesregierung für die Verbreitung der Ergebnisse der mit Bundesmitteln geförderten Forschungsvorhaben zur Friedensforschung?

Wieviele Mittel standen hierfür jeweils in den einzelnen Jahren seit 1982 zur Verfügung?

Die Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeiten ist die beste Garantie für die Verbreitung der Ergebnisse der öffentlich geförderten Forschung. Die Aufwendungen für die Verbreitung der Ergebnisse können nicht sinnvoll gesondert ausgewiesen werden. Hingewiesen werden kann auf mehrere Buchreihen (Friedensanalysen, Militär-Rüstung-Sicherheit, Internationale Politik und Sicherheit u. a.). Die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn weist in ihren Mitteilungen jährlich über 200 solcher Publikationen nach. Der sozialwissenschaftliche Fachinformationsdienst „so fid“ des Informationszentrums Sozialwissenschaften in Bonn hat ein gesondertes Profil „Friedens- und Konfliktforschung + Militärsoziologie“ entwickelt, in dem laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte zitiert werden. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

6. In welcher Weise beobachtet die Bundesregierung die technische Entwicklung im Hinblick auf die mögliche Waffen- und Kriegsrelevanz der verschiedenen Technologien, und inwieweit führt sie bei der Einleitung und Durchführung von neuen Forschungsprogrammen und -vorhaben eine entsprechende Abschätzung der Friedensverträglichkeit durch?

Welche Kriterien legt sie hierbei an?

Warum erscheint ihr eine solche Abschätzung gegebenenfalls erforderlich zu sein?

Der Einfluß der technologischen Entwicklung auf die Erhaltung des Friedens ist ein zunehmend wichtiger und dementsprechend in die Friedenspolitik der Bundesregierung einbezogener Faktor. Alle beteiligten Ressorts in ihrer jeweiligen Funktion tragen dem Rechnung.

Die Bundesregierung arbeitet in den entsprechenden internationalen Gremien in vielfältiger Weise aktiv mit. Sie hat insbesondere in den letzten Jahren erheblich dazu beigetragen, daß gefährliche dual-use-Waren und -Technologien international unter Ausfuhrkontrolle gestellt wurden. Bei den dual-use-Waren, insbesondere im Raketen-, Nuklear-, Chemie- und Biologiebereich, findet in verschiedenen Gremien regelmäßig eine internationale Abstimmung statt, ob bestimmte Waren wegen ihrer Verwendbarkeit für die Herstellung von Waffen unter Ausfuhrkontrollen zu stellen sind.

Die Liste für Waffen, Munition und Rüstungsmaterial in Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste im Außenwirtschaftsgesetz stellt die Umsetzung der Munitions List (ML) des COCOM in deutsches

Recht dar. Die ML wird von COCOM in regelmäßigen Abständen auf ihre Aktualität hin vor dem Hintergrund des technischen Fortschritts und der sich wandelnden strategischen Bedrohung überprüft. Neuentwickelte Waffensysteme werden dann gegebenenfalls der Liste hinzugefügt.

Im übrigen hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Juni 1990 (Drucksache 11/7373) zur dual-use-Problematik Stellung genommen.

II. Förderung der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland

7. Wie haben sich die Ausgaben der Bundesregierung für Friedensforschung in den einzelnen Jahren seit 1982 entwickelt, und welche Ausgaben sieht die mittelfristige Finanzplanung in den einzelnen Jahren bis 1995 vor?

Die Bundesregierung fördert die Friedens- und Konfliktforschung primär aus dem Haushalt des Bundesministers für Forschung und Technologie. Die dortigen Ausgaben zeigen folgende Entwicklung (in 1 000 DM):

1982	2 990	1988	2 895
1983	2 990	1989	3 248
1984	1 652	1990	2 740
1985	1 176	1991	3 299
1986	1 886	1992	2 290 (Soll)
1987	2 859		

Die Bundesregierung hatte im Regierungsentwurf für den Haushalt 1992 die Weiterführung des entsprechenden Haushaltstitels 30 02/685 05 in voller Höhe vorgeschlagen. Er ist allerdings im parlamentarischen Verfahren um 1 Mio. DM gekürzt worden.

Für die Jahre ab 1993 sehen die Haushaltsanforderungen des Bundesministers für Forschung und Technologie in etwa den gleichbleibenden Betrag vor.

8. Welche wesentlichen Forschungsvorhaben zur Friedensforschung hat die Bundesregierung seit 1988 gefördert?
Wer waren die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger?
Welche Fördermittel wurden bzw. werden für diese Vorhaben bereitgestellt?

Die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung durch die Bundesregierung erfolgt – abgesehen von Ressortaufträgen und im Rahmen der Ressortforschung, insbesondere der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen – durch Zuweisung entsprechender Fördermittel an Organisationen der Forschungsförderung, die diese Mittel in eigener Verantwortung vergeben. Bis Ende 1983 war dies die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung und seit deren Auflösung die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Dabei entscheiden unabhängige Gutachtergremien in interdisziplinärer Zusammensetzung über die För-

derung eingereichter Anträge. Angaben über Themen, Zuwendungsempfänger und Finanzvolumina der geförderten Vorhaben können den jährlichen Berichten „Programme und Projekte“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft entnommen werden.

9. In welchem Umfang und in welcher Form haben die Bundesländer, die Forschungsförderorganisationen, die Kirchen, private Organisationen und die Stiftungen der Parteien, die Friedensforschung in den einzelnen Jahren seit 1988 gefördert?

Der Bundesregierung ist im einzelnen nicht bekannt, in welchem Umfang andere Stellen seit 1988 die Friedens- und Konfliktforschung gefördert haben. Auf einzelne institutionelle Förderungen, etwa das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg (FEST), kann hingewiesen werden. Auch in anderen Ländern haben die Landesregierungen zum Aufbau kleinerer Einrichtungen bzw. von Lehrstühlen beigetragen.

Hervorzuheben ist das 1991 verlängerte Schwerpunktprogramm der Volkswagen-Stiftung über „Forschung und Ausbildung im Bereich der Sicherheitspolitik“ mit drei Einzelprogrammen: Europäische Sicherheitspolitik, Wirtschaftliche Aspekte der Sicherheitspolitik und Globale Rüstungskontrolle.

10. Wo lagen in den 80er Jahren die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung der Friedensforschung, und inwieweit haben sich diese Schwerpunkte im Laufe dieses Zeitraums verschoben?

Die Schwerpunkte der öffentlichen Fördermaßnahmen lagen insbesondere bei der Untersuchung von Institutionen und Methoden der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte sowie der Entstehung militanter Konflikte in Staaten der Dritten Welt (Deutsche Forschungsgemeinschaft) bzw. bei Programmen zur Sicherheitspolitik (Volkswagen-Stiftung). Dem Wandel der Gefahrenlage in den internationalen Beziehungen und den globalen gesellschaftlichen Veränderungen gegen Ende der 80er Jahre wurde von den Schwerpunktprogrammen durch neue Akzentsetzungen im Herbst 1990 Rechnung getragen, wie sich an den geänderten Themenstellungen der DFG-Schwerpunkte ablesen läßt:

- „Strategien und Strukturen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung zwischen Industriestaaten“ (statt bisher „Institutionen und Methoden der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte“);
- „Gewaltförmige Konflikte in Entwicklungsregionen“ (statt bisher „Entstehung militanter Konflikte in Staaten der Dritten Welt“).

Sie sind ebenso wie einzelne Projekte veröffentlicht in DFG Tätigkeitsbericht 1990 S. 73, DFG Programme und Projekte 1990 S. 469 f.

Über die Gesamtaktivitäten gibt das in deutscher und englischer Sprache regelmäßig erscheinende Mitteilungsblatt „AFB-INFO“ der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn als inzwischen international anerkannter Service- und Infrastruktureinrichtung im einzelnen Auskunft.

*III. Die Friedensforschung der Bundesrepublik Deutschland
im internationalen Vergleich*

11. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die derzeitigen Gesamtaufwendungen in der Bundesrepublik Deutschland für die Friedensforschung, und wie hoch schätzt sie die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik Deutschland hauptamtlich mit der Friedensforschung befaßten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine ausreichenden Erkenntnisse vor, die angesichts der Schwierigkeiten der definitorischen Abgrenzung von Friedens- und Konfliktforschung auch mit großen Unsicherheiten behaftet bleiben müßten. Das von der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn als deutscher Partner der International Peace Research Association (IPRA) und als Koordinator der European Peace Research Association (EuPRA) geführte internationale Forschungsregister verzeichnet 25 deutsche Stellen, an denen Friedens- und Konfliktforschung in unterschiedlichem Umfang betrieben wird. Die Gesamtaufwendungen können wegen nicht vorliegender Finanzdaten nicht angegeben werden. Das gleiche gilt für die Gesamtzahl der beschäftigten Personen.

12. In welchem Umfang, in welcher Form und an welchen Forschungseinrichtungen wird die Friedensforschung in den skandinavischen Ländern und in den USA betrieben?

Das internationale Forschungsregister der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn läßt nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1989/90 mit derselben Abgrenzungsproblematik wie auf nationaler Ebene den Schluß zu, daß es weltweit etwa 160 wissenschaftliche Institutionen (Hochschul institute und hochschulunabhängige Forschungseinrichtungen) gibt, die sich mit friedenswissenschaftlichen Fragen befassen, davon in den Vereinigten Staaten von Amerika mindestens 47 Einrichtungen, in Kanada acht, in Norwegen zwei, in Schweden neun, in Dänemark drei und in Finnland drei. Die Schwerpunkte dieser Einrichtungen sind sehr verschieden. Hervorzuheben ist, daß in den USA die Friedens- und Konfliktforschung in erster Linie durch die zahlreichen privaten Stiftungen sowie durch das vom amerikanischen Kongreß gesetzlich geschaffene United States Institute of Peace (USIP) in Washington unterstützt wird.

In den skandinavischen Ländern ist das von der schwedischen Regierung finanzierte Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) mit dem besonderen Schwerpunkt der Untersuchungen militärischer Vorgänge (Massenvernichtungswaffen und Rüstungshandel) hervorzuheben.

Eine zahlenmäßige Bewertung der Friedensforschung im internationalen Vergleich ist wegen der Verschiedenartigkeit ihrer Finanzierung nicht möglich. Es ist jedoch davon auszugehen, daß die Förderung im Ausland mehrheitlich aus hochschuleigenen Mitteln und privaten Stiftungen erfolgt.

13. Inwieweit könnten nach Auffassung der Bundesregierung die in diesen Ländern erprobten Modelle der Förderung der Friedensforschung beispielhaft für eine Neuorientierung der Forschungsförderung in der Bundesrepublik Deutschland sein?

Eine Übertragung von Fördermodellen ist nach Ansicht der Bundesregierung nur sehr bedingt möglich, weil fast alle Förderstrukturen auf nationaler Grundlage historisch gewachsen sind. Es ist indessen zu beobachten, daß die meisten ausländischen Forschungseinrichtungen stärker als in Deutschland dem Hochschulbereich zuzurechnen sind, für den in Deutschland in erster Linie die Länder verantwortlich sind.

14. Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die deutsche Friedens- und Konfliktforschung ein geachteter Partner im internationalen Kontext ist, wie die regelmäßigen Forschungsaufenthalte deutscher Friedensforscher an amerikanischen und skandinavischen Friedensforschungseinrichtungen, aber auch ausländischer Forscher an deutschen Einrichtungen sowie die deutsche Beteiligung an internationalen Konferenzen beweisen.

- IV. *Neuordnung der Forschungsförderung im Bereich der Friedensforschung nach Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (DGFK) und die Auswirkungen der Kürzung des Haushaltsansatzes für 1992*
15. Wie hat sich die Neuordnung der Forschungsförderung nach Auflösung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (DGFK) auf die Förderschwerpunkte und die Empfängergruppen ausgewirkt?
16. Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit der Neuordnung der Forschungsförderung im Bereich der Friedensforschung nach Auflösung der DGFK?
Wo sieht sie Probleme und Defizite, wo sieht sie positive Entwicklungen?
17. Welche Auswirkungen hat die Auflösung der DGFK auf die Vermittlung der Friedensforschung in die politische und gesellschaftliche Praxis gehabt?

Alle hier gestellten Fragen sind gültig nur durch die Wissenschaft selbst zu beantworten. Schon 1983 hat der Wissenschaftsrat empfohlen, eine erneute Evaluierung der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung nach Ablauf von etwa fünf bis sieben Jahren durchzuführen. Diese wurde, wie schon bemerkt, verschoben. Sie wird voraussichtlich 1993 begonnen; ihr Ergebnis ist abzuwarten.

18. Welche konkreten Auswirkungen hat die für 1992 vorgesehene Kürzung der Sondermittel für Friedens- und Konfliktforschung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) von 2,9 auf 1,8 Mio. DM auf die Weiterführung bereits begonnener Projekte und auf die Bewilligung neuer Projekte?
19. Welche Stellungnahmen haben die verschiedenen DFG-Gremien zu der für 1992 vorgesehenen Kürzung der Sondermittel für Friedens- und Konfliktforschung abgegeben?
Teilt die Bundesregierung die Auffassung der DFG-Gremien?

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat zu diesen beiden Fragen die nachstehende Stellungnahme übermittelt:

Die Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung der DFG hat am 26. Februar 1992 folgenden Beschluß zu der durch die Kürzung eingetretenen Lage und zur Perspektive gefaßt und veröffentlicht:

„Die Senatskommission für Friedens- und Konfliktforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß der Deutsche Bundestag auf Beschluß des Haushaltsausschusses den Bundeszuschuß für die Förderung der Friedens- und Konfliktforschung 1992 um eine Million D-Mark gekürzt hat. Dadurch sind insbesondere die beiden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingerichteten Schwerpunkte hinsichtlich der Weiterfinanzierung bereits bewilligter Forschungsvorhaben im laufenden Jahr gefährdet und Neuanträge erheblich erschwert worden.

Die Senatskommission hat volles Verständnis für die finanziellen Engpässe des Bundeshaushaltes, die aufgrund der aktuellen Lage entstanden sind. Andererseits sollte eine langfristige Zusage von Bund und Ländern, aufgrund derer die Deutsche Forschungsgemeinschaft zwei wissenschaftliche Schwerpunktprogramme eingerichtet und mittelfristig verlängert hat, nicht einseitig und kurzfristig aufgekündigt werden. Die Senatskommission ersucht daher den Deutschen Bundestag,

- für 1993 wieder den vollen Betrag zu bewilligen,
- weitere Haushaltsentscheidungen zurückzustellen, bis der Wissenschaftsrat seine Evaluation abgeschlossen hat.

Gründe

Gestützt auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates von 1983 und auf die bisherige Praxis der Bundesförderung hat der Senat der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Herbst 1990 die beiden mit den Sondermitteln des Bundes geförderten Schwerpunktprogramme der Friedens- und Konfliktforschung um weitere fünf Jahre verlängert. Der Wissenschaftsrat hat dieser Verlängerung nicht widersprochen und die in der Stellungnahme von 1983 von ihm angeregte grundsätzliche Überprüfung der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung für das Jahr 1993 ins Auge gefaßt. Nach Abschnitt C. VI der Stellungnahme des Wissenschaftsrates von 1983 soll in dieser Evaluierung festgestellt werden, „ob und in welcher Weise eine über Projektförderung hinausgehende institutionelle Förderung aufgrund der Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung möglich und nützlich ist, ob

die Bereitstellung gebundener Mittel innerhalb der DFG weiterhin erforderlich ist und ob das Verfahren der Mittelvergabe sich bewährt hat“. Die Evaluierung würde überflüssig gemacht und der Wissenschaftsrat desavouiert werden, wenn der Deutsche Bundestag durch einseitig getroffene fiskalpolitische Maßnahmen in das System der Selbstverwaltung der Wissenschaft eingriffe.

Die Senatskommission stellt fest, daß die Friedens- und Konfliktforschung sich als fächerübergreifende interdisziplinäre Fragestellung fest etabliert hat. Deswegen sollte bei der weiteren Diskussion der Förderung dieses Wissenschaftszweiges zwischen der Förderung selbst und ihrer Modalität unterschieden werden. Von der Empfehlung des Wissenschaftsrates wird es abhängen, ob die Deutsche Forschungsgemeinschaft die beiden von ihr gebildeten Schwerpunkte weiter beibehält oder die Förderung in das Normalverfahren überführt. In jedem Fall wird die Deutsche Forschungsgemeinschaft darauf angewiesen sein, zugunsten der Betreuung dieses neuen Wissenschaftszweiges zusätzliche Mittel zu erhalten.

Die Senatskommission ist der Auffassung, daß die Bedeutung der Friedens- und Konfliktforschung gerade nach der Veränderung der weltpolitischen Lage seit 1989 weiter zunehmen wird. Ihre politikbegleitenden wissenschaftlichen Arbeiten haben während des Ost-West-Konfliktes in Politik und Gesellschaft Berücksichtigung und Anerkennung gefunden. Diese Beiträge werden geradezu unverzichtbar in einer historischen Phase, in der die zunehmende Zahl regional sich entwickelnder Konflikte befriedet und die Entstehung zukünftiger kriegerischer Auseinandersetzungen verhindert werden müssen. Die interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung ist wie kein anderer Wissenschaftszweig geeignet, zu diesen Zwecken die Erfahrungen systematisch aufzuarbeiten und auf dieser Grundlage die aktuelle Politik einschlägig zu beraten. In diesem Zusammenhang braucht nur auf die veränderte Rolle der Vereinten Nationen und die Bemühungen um ein neues europäisches Streitschlichtungssystem hingewiesen zu werden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika führt das von ihr geförderte United States Institute of Peace mit unverminderter Ausstattung weiter. Die Bundesrepublik Deutschland, die auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung nicht zuletzt aufgrund der institutionellen Förderung durch Bund und Länder in Europa führend ist, sollte daher die Förderung dieses Wissenschaftszweiges nicht einschränken.

Die Bundesregierung erkennt nicht, daß die durch Beschluß des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vorgenommene Kürzung der Sondermittel zu Beeinträchtigungen bei bereits laufenden Projekten führen kann. Sie bittet die Förderorganisationen um Verständnis, aber auch um Aufrechterhaltung ihres Engagements. Auch in vielen anderen Bereichen muß gespart werden, so daß nicht immer alle Projekte finanziert werden können. Darum muß man – insbesondere in Zeiten der Abrüstung – auch mit Kürzungen in diesem Bereich leben.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die erreichte Anerkennung der Friedens- und Konfliktforschung als Teil der Wissenschaft bewirkt, daß entsprechende Forschungen einerseits unter normale Qualitätskriterien gestellt, andererseits deren Fortführung in der Wissenschaftslandschaft erleichtert wird. Dabei ist zu beachten, daß die zunehmend komplexer werdenden Problemstellungen aus der Veränderung der Weltlage auch in anderen Förderprogrammen wichtig werden, z. B. im entwicklungspolitischen Forschungsprogramm des BMZ, in Studien über den sozio-ökonomischen Einfluß im Bereich „global change“, in der Transformationsforschung und in Migrationsthemen sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene. Die Aufnahme dieser Fragestellungen und der erforderlichen interdisziplinären Kooperation mit anderen Programmbereichen kann als Erfolg der problemorientierten Friedens- und Konfliktforschung angesehen werden.

Die Bundesregierung sieht es wegen der Vielfalt der Forschungsansätze und der disziplinübergreifenden Zusammenarbeit, besonders im Verhältnis zum Ausland, als vorteilhaft an, daß für eine ausreichende Information unter dem zusammenfassenden Blickwinkel der Friedens- und Konfliktforschung als Anregung für neue Arbeiten und Sichtweisen weiterhin gesorgt wird. Bisher hat dabei die gemeinsam von Bund und Ländern getragene Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn eine verdienstvolle Rolle gespielt.

V. Perspektiven der Friedens- und Konfliktforschung

20. Welche Untersuchungen hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben zur Ermittlung der Lage und der Situation der Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland?

Was waren die wesentlichen Ergebnisse?

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

Eine Studie, die zu dieser Fragestellung als Dokumentation von der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn 1990 veröffentlicht worden ist, hat als wesentliches Ergebnis erbracht, daß die Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik Deutschland fest verankert ist. Regionale Forschungsinstitute entstanden, die im Rahmen von Drittmittelprojekten der verschiedenen Fördereinrichtungen unterstützt werden. Im Vergleich zu den außeruniversitären Einrichtungen ist die Verankerung der Friedens- und Konfliktforschung an den Hochschulen nicht so gut vorangekommen. Es gibt nur wenige Lehrstühle in diesem Fachgebiet. Fragen der Friedensforschung werden überwiegend durch Ringvorlesungen und außercurriculare Seminare behandelt.

21. Vor welchen neuen Aufgaben und Herausforderungen steht die Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes?

Zur Zeit der Ost-West-Konfrontation ging es vornehmlich um Verminderung von Bedrohung und Abbau von Spannungen.

Nunmehr drohen Gefahren, deren Nährboden politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Instabilitäten, ethnische Konflikte, Minderheitenprobleme und Flüchtlingsströme sein können. Die Risiken der Zukunft liegen in möglichen Grenzstreitigkeiten, Proliferation von nuklearem und konventionellem Militärpotential, „Erbaueinandersetzungen“ um den militärisch-industriellen Komplex und um relevante militärische Forschungsergebnisse. Es geht um Gefahren, die sich aus der unkontrollierten Hinterlassenschaft der ehemaligen Sowjetunion und dem Schicksal ihrer Nachfolgestaaten ergeben. Mehr als bisher werden Unwägbarkeiten und unvorhersehbare Zwischenfälle eine Rolle spielen.

Viele der künftigen Konflikte werden sich bereits im Vorfeld des Krisenmanagements entschärfen lassen.

Alles spricht für die zunehmende Notwendigkeit von sicherheits- und vertrauensbildenden Maßnahmen neuen Stils. Alle Formen von Informationsaustausch und Beiträgen zur Transparenz, die der Kalkulierbarkeit und der Vorhersehbarkeit der künftigen Sicherheitslage zugute kommen, werden erheblich an Bedeutung gewinnen.

Während sich in Europa neues Sicherheitsdenken durchsetzt und sich kooperative Strukturen der Sicherheit entwickeln, besteht im weltweiten Sicherheitsdialog noch erheblicher Nachholbedarf. Wichtigste Aufgabe wird es dabei sein, Barrieren gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu errichten.

22. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die fundamental veränderte sicherheitspolitische Lage eine qualitative und quantitative Ausweitung sowie eine grundlegende Neukonzipierung der Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung verlangt?

Warum scheint der Bundesregierung eine solche Neufundierung der Forschungsförderung gegebenenfalls entbehrlich zu sein?

Die Bundesregierung teilt nicht die der Frage offenbar zugrundeliegende Auffassung, daß die bisherige Friedens- und Konfliktforschung Probleme der tatsächlichen Weltentwicklung nicht genügend berücksichtigt. Sie vertraut hierbei auf die Wissenschaft, die an der öffentlichen Diskussion aktiv teilnimmt. Die Diskussion oder Einleitung einer Neukonzeption ist vorerst nicht vorgesehen. Zunächst ist die für 1993 vorgesehene Evaluation durch den Wissenschaftsrat abzuwarten.

23. Welche neuen Anforderungen und Aufgabenstellungen ergeben sich aus der veränderten sicherheitspolitischen Lage nach Auffassung der Bundesregierung für die Friedens- und Konfliktforschung? Wo bestehen Forschungsdefizite, und wo sollten die Schwerpunkte der Forschung in den kommenden Jahren liegen?
24. Welche Konzeption zur Neustrukturierung der Forschungsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung strebt die Bundesregierung gegebenenfalls in diesem Zusammenhang an? Welche konkreten Schritte wird sie hierzu noch in diesem Jahr einleiten?

25. Mit welchen Maßnahmen der Forschungsförderung gedenkt die Bundesregierung die Interdisziplinarität und die Kooperation der Einzelwissenschaften in der Friedens- und Konfliktforschung zu stärken?

Die Bundesregierung beobachtet sorgfältig, ob die ihr erkennbaren Problemstellungen aus der veränderten Weltlage in der Forschung aufgegriffen werden. Im übrigen wird auf die Beantwortung von Frage 22 verwiesen.

26. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um eine kontinuierliche und systematische Förderung der außeruniversitären Friedensforschungseinrichtungen zu gewährleisten?

Wird sie hierüber in Verhandlungen mit den Bundesländern eintreten?

Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls gegen eine kontinuierliche Förderung dieser Einrichtungen?

Die Bundesregierung verfolgt im Rahmen der bewilligten Haushaltsmittel ihr bisheriges Konzept bis zu einer Evaluierung durch den Wissenschaftsrat weiter. Vom Ergebnis der Evaluation wird eine Neubewertung der Förderung, auch in Abstimmung mit den Ländern, abhängig sein.

